

VERMERK

Betr.: **Synthesebericht über die Plenartagung
am 3. und 4. April 2003 in Brüssel**

I. ERÖFFNUNG DER TAGUNG

Der stellvertretende Vorsitzende Amato kündigte bei der Eröffnung der Tagung an, dass die Plenartagung Mitte Mai, auf der über die Textentwürfe zu den Bereichen "Außenpolitisches Handeln" und "Organe" beraten werden soll, mindestens zwei volle Tage (15. Mai ab 10.00 Uhr sowie 16. Mai ganztätig) in Anspruch nehmen und erforderlichenfalls bis Samstag (17. Mai) vormittags verlängert werden wird.

**1. Aussprache über den Entwurf der Artikel zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und
des Rechts
(CONV 614/03, CONV 644/03)**

Der stellvertretende Vorsitzende Amato hob zu Beginn der Aussprache hervor, dass sich das Präsidium bei der Ausarbeitung dieses Entwurfs der Artikel des Verfassungsvertrags bemüht habe, sich möglichst eng an die Schlussfolgerungen der Gruppe X (Vorsitz: Herr Bruton) zu halten. Der Gruppe sei es gelungen, trotz großer Schwierigkeiten einen ausgewogenen Kompromiss zu erreichen, den das Präsidium nicht aufs Spiel setzen wolle. Infolgedessen sei in den betreffenden Artikeln zwar vorgesehen, dass weitgehend die allgemein geltenden Rechtsakte und Verfahren zur Anwendung gelangen; gleichzeitig werde jedoch auch anerkannt, dass in diesem Bereich einige Besonderheiten, wie etwa ein Initiativrecht der Mitgliedstaaten oder eine besondere Rolle der einzelstaatlichen Parlamente, zu beachten sind. Aus Sicht des stellvertretenden Vorsitzenden kann zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden, ob bestimmte Vorschriften, beispielsweise die Vorschriften über den Europäischen Rat oder über die Kontrolle der Wahrung des Subsidiaritätsgrundsatzes, in diesem Teil der Verfassung belassen oder in einen anderen Teil aufgenommen werden sollten. Mit Blick auf einige Änderungsvorschläge, nach denen für den gesamten Bereich der

derzeitigen dritten Säule weiterhin Einstimmigkeit vorgeschrieben sein würde, vertrat der stellvertretende Vorsitzende die Auffassung, dass diese Regel für eine erweiterte Union zu starr sei; die Gruppe habe sich entschieden für eine Präzisierung und Begrenzung der bislang nur vage formulierten Unionszuständigkeiten, insbesondere in Strafsachen, eingesetzt, dies aber gleichzeitig davon abhängig gemacht, dass für diese begrenzten Zuständigkeiten die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit eingeführt wird. Was die eventuelle Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft betreffe, so empfehle das Präsidium ein behutsames Vorgehen. Eurojust könne allmählich zu einer Europäischen Staatsanwaltschaft weiterentwickelt werden; diese könne sodann auch ohne eine diesbezügliche Verfassungsvorschrift mit einem einstimmigen Beschluss eingesetzt werden.

Im Großen und Ganzen äußerte sich die überwiegende Mehrheit der Redner angetan von der Ausgewogenheit und der redaktionellen Qualität der Artikelentwürfe des Präsidiums, die - insbesondere durch die Fusion der Säulen und die Anwendung der allgemeinen Rechtsakte und Verfahren - einen wichtigen Fortschritt auf dem Weg zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts darstellten. Viele hoben hervor, dass diese Artikel einen großen Schritt nach vorn ermöglichen dürften, was für den Erfolg des Konvents insgesamt von entscheidender Bedeutung sei. Diese Redner plädierten insbesondere für einen Verzicht auf die Einstimmigkeitsregel, da eine erweiterte Union mit 25 Mitgliedstaaten sonst in diesem Bereich kaum noch handlungsfähig wäre, geschweige denn, dass sie die großen Erwartungen ihrer Bürger erfüllen könne. Was den Bereich der Sicherheit und des Rechts angeht, so unterstützten diese Konventsmitglieder also die Vorschläge des Präsidiums, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit einzuführen; einige schlugen vor, in gewissen besonders sensiblen Bereichen gegebenenfalls eine überqualifizierte Mehrheit oder eine Übergangszeit vorzusehen. Eine sehr begrenzte Zahl von Konventsmitgliedern sprach sich indessen dafür aus, im gesamten Bereich der derzeitigen dritten Säule an der Einstimmigkeitsregel festzuhalten.

Viele Konventsmitglieder beantragten die Streichung von Artikel 31 des ersten Teils der Verfassung, wobei sie entweder Einwände gegen einzelne Punkte erhoben oder aber die Auffassung vertraten, dass diese Punkte ohnehin im zweiten Teil verankert werden müssten. Diese Konventsmitglieder kritisierten in erster Linie, dass die betreffende Bestimmung den Eindruck erwecken könne, dass die dritte Säule ungeachtet der angekündigten Fusion fortbestehe. Einige andere Konventsmitglieder befürworteten jedoch die Beibehaltung dieses Artikels oder schlugen redaktionelle Änderungen vor.

Zu Artikel 1 des zweiten Teils, in dem die Ziele und die Hauptbestandteile festgelegt werden, wurden nur einige redaktionelle Änderungen vorgeschlagen. Mehrere Redner begrüßten den in diesem Artikel verankerte Grundsatz der Achtung der verschiedenen Rechtsordnungen und -traditionen. Einige Konventsmitglieder unterstrichen zudem die besondere Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Zu Artikel X des zweiten Teils über die Rolle des Europäischen Rates gab es dagegen zahlreiche Anmerkungen. Einige wandten sich dagegen, dass der Europäische Rat in Bezug auf den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts eine besondere Rolle spielen solle, nicht jedoch in den anderen Tätigkeitsbereichen der Union. Sie beantragten infolgedessen die Streichung dieses Artikels. Andere äußerten die Befürchtung, dass der Europäische Rat aufgrund dieser Bestimmung dem europäischen Gesetzgeber (Rat und Parlament) "Anweisungen oder Befehle" erteilen könne, wodurch sie ihre Befugnisse verlieren würden. Sie erhielten die Antwort, dass die vom Präsidium vorgeschlagene Fassung eine solche Auslegung nicht zulasse.

Dagegen erhoben die meisten Konventsmitglieder keine Einwände dagegen, dass der Europäische Rat eine besondere Rolle übernimmt, stellten jedoch die Frage, ob diese Bestimmung statt im Kapitel über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts des zweiten Teils nicht eher im Artikel über den Europäischen Rat (Artikel 15 des im vergangenen Oktober verteilten Vorentwurfs) des ersten Teils stehen sollte. Andere wandten sich gegen diesen Vorschlag und bestanden darauf, dass diese Bestimmung im Kapitel über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts verbleibt. Einige Konventsmitglieder gaben zu bedenken, dass der Hinweis auf die besondere Rolle des Europäischen Rates in diesem Bereich - unabhängig von der Frage, wo dieser Hinweis am besten stehen sollte - Bestandteil des Gesamtkompromisses sei, der den Verzicht auf die Unterteilung in Säulen erst möglich gemacht habe. Die Elemente, auf denen dieser Kompromiss beruhe, dürften nicht erneut in Frage gestellt werden.

Mehrere Konventsmitglieder äußerten Bedenken in Bezug auf die Bestimmung in Artikel 3 über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente. Einige schlugen vor, sie zu streichen und die Schwelle für die Auslösung des Frühwarnsystems auf ein Drittel festzusetzen, d.h. höher als in Absatz 2 vorgesehen. Andere schlugen vor, diese Bestimmung in die Protokolle über die einzelstaatlichen Parlamente oder über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit aufzunehmen.

Zahlreiche Konventsmitglieder verteidigten allerdings die vom Präsidium vorgeschlagenen Bestimmungen, mit denen aus ihrer Sicht den Schlussfolgerungen der Gruppe X inhaltlich korrekt Rechnung getragen wird. Nach Auffassung anderer wiederum gehen die Vorschläge, was den Schutz der Vorrechte der einzelstaatlichen Parlamente betrifft, nicht weit genug. Sie legten verschiedene Vorschläge hierzu vor; insbesondere schlugen sie vor, dass Europol vom Europäischen Parlament und den einzelstaatlichen Parlamenten gemeinsam im Rahmen eines gemischten Ausschusses kontrolliert werden sollte.

Artikel 4 über die Bewertungsmechanismen fand ein weitgehend positives Echo, wenngleich einige Konventsmitglieder für seine Streichung plädierten. Mehrere Konventsmitglieder schlugen jedoch verschiedene redaktionelle Änderungen vor, damit die Tragweite und die Auswirkungen des Artikels deutlicher zum Ausdruck kommen. Zudem wurde die Bedeutung des Bewertungsmechanismus insbesondere im Rahmen der justiziellen Zusammenarbeit hervorgehoben.

Artikel 5 über die operative Zusammenarbeit stieß auf Zustimmung; nur vereinzelt wurde seine Streichung gefordert. Viele Konventsmitglieder äußerten ihre Genugtuung darüber, dass die exekutiven Aufgaben (operative Zusammenarbeit) durchgängig von den legislativen Aufgaben geschieden werden. Einige von ihnen sprachen sich dafür aus, dass der in diesem Artikel vorgesehene Ausschuss direkt in der Verfassung eingesetzt wird. Mehrfach wurde auch unterstrichen, dass im Hinblick auf die Verstärkung der operativen Zusammenarbeit ein beträchtlicher Bedarf bestehe. Überdies plädierte die überwiegende Mehrheit der Konventsmitglieder, die sich zu diesem Artikel äußerten, dafür, dass sein Anwendungsbereich ausdrücklich auch die Zusammenarbeit bei der Überwachung der Grenzen einschließen solle. In dieser Hinsicht müsse der Text des Präsidiums präziser gefasst werden.

Was das Initiativrecht für eine Gruppe von Mitgliedstaaten (Artikel 8) betrifft, so wandten sich zwar einige Redner gegen diese Ausnahme vom Initiativmonopol der Kommission, doch bestanden mehrere andere Konventsmitglieder darauf, dass sie als entscheidender Bestandteil des von der Gruppe ausgearbeiteten Kompromisses beibehalten werden müsse. Mehrere Konventsmitglieder wandten allerdings ein, dass zu prüfen sei, wie sich dieses Initiativrecht mit dem Mitentscheidungsverfahren, bei dem die Kommission eine besondere Rolle spiele, vereinbaren lasse. Einige schlugen vor, dass die Kommission verpflichtet sein sollte, Initiativen einer Gruppe von Mitgliedstaaten im eigenen Namen weiterzuverfolgen, was jedoch von anderen Rednern abgelehnt wurde. Außerdem befürworteten einige Konventsmitglieder, den für eine Initiative erforderlichen Mindestanteil der Mitgliedstaaten (beispielsweise auf 1/5 der Mitgliedstaaten) abzusenken, andere waren für eine Anhebung (etwa auf 1/3).

Mehrere Redner beantragten die Streichung von Artikel 9 (Gerichtliche Kontrolle); damit das Recht in diesem sensiblen Bereich geachtet werde, dürfe keine Zuständigkeit a priori von der allgemeinen Regel der Zuständigkeit des Gerichtshofs ausgeschlossen werden; ohnehin sei klar, dass der Gerichtshof nicht die Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen überprüfen würde, die von der Polizei eines Mitgliedstaats nach einzelstaatlichem Recht durchgeführt werden. Mehrere andere Konventsmitglieder forderten allerdings, dass auch der neue Text eine Klausel über die Grenzen der Zuständigkeiten in diesem Bereich enthalten müsse, wobei einige von ihnen sich für die Übernahme des geltenden Artikels 35 Absatz 5 EUV aussprachen.

Zu den Artikeln über die Asyl- und Einwanderungspolitik (Artikel 10, 11, 12 und 13 des Präsidiumsentswurfs) gab es zahlreiche Wortmeldungen. Insgesamt herrschte die Auffassung vor, dass diese Bestimmungen zwar anspruchsvoll seien, sich aber hinreichend an den Schlussfolgerungen der Gruppe orientierten, insbesondere was die durchgängige Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit betreffe. Es wurden die folgenden Kommentare bzw. Änderungsvorschläge vorgebracht:

- Mehrere Konventsmitglieder wollten sich vergewissern, dass mit dem Ausdruck "Außengrenzen" in Artikel 10 nicht nur die Landgrenzen, sondern auch die Seegrenzen gemeint sind. Der stellvertretende Vorsitzende des Konvents bestätigte, dass das Präsidium dies so verstehe.
- Nach Auffassung einiger Konventsmitglieder sollte deutlicher zum Ausdruck kommen, dass ungeachtet der Tatsache, dass die Kontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft werden, diese Kontrollen bei Gefahr für die öffentliche Ordnung ausnahmsweise wieder eingeführt werden können. Einige Konventsmitglieder schlugen vor, die diesbezügliche Bestimmung (Artikel 2 des Schengener Übereinkommens) in den Verfassungsentwurf aufzunehmen.

Was die Formulierung in Artikel 10 betrifft, nach der "allmählich ein gemeinsames System der integrierten Abwicklung der Personenkontrollen an den Außengrenzen eingeführt werden soll", so plädierten mehrere Redner dafür, in dieser Bestimmung ausdrücklich festzulegen, dass ein gemeinsames Grenzschutzkorps eingerichtet werden kann oder sogar wird, das - wie einige von ihnen meinen - echte Durchführungsbefugnisse haben müsste. Einige wenige andere lehnten dies ab. Wiederum andere hoben außerdem hervor, dass die Einführung eines integrierten Systems keineswegs bedeute, wie ihre Vorredner offenbar meinten, dass die für

diese Kontrollen zuständigen einzelstaatlichen Beamten einen anderen Status bekämen und europäische Beamte würden. Dies sei mit der Bestimmung nicht beabsichtigt. Auch im Rahmen eines gemeinsamen integrierten Systems seien die Mitgliedstaaten weiterhin für die Kontrollen an den Außengrenzen und für ihre Abwicklung verantwortlich. Der Verwaltungsstatus des betreffenden Personals ändere sich nicht.

- Mehrere Konventsmitglieder erklärten sich mit der Einführung der qualifizierten Mehrheit im Bereich Asyl unter der Bedingung einverstanden, dass in den europäischen Rechtsvorschriften ausschließlich Mindestnormen festgelegt werden können. Andere unterstützten uneingeschränkt den Präsidiumsentswurf und wandten ein, dass dieser Vorschlag unannehmbar sei, da mit ihm der derzeitige Geltungsbereich der europäischen Rechtsvorschriften wieder eingeengt würde. Dem Vorschlag eines Konventsmitglieds, die externe Dimension der Asylpolitik stärker zur Geltung zu bringen, schlossen sich mehrere andere Mitglieder an; die internen Aspekte dieser Politik müssten jedoch unverändert zum Ausdruck kommen.
- Mehrere Redner äußerten sich auch zum Thema Einwanderung. Einige Konventsmitglieder sprachen sich für eine anspruchsvolle gemeinsame europäische Politik aus. In der Frage, ob sich die Rechtsgrundlage für die Einwanderungspolitik auch auf den Zugang zur Arbeit erstrecken sollte, gingen die Meinungen allerdings auseinander. Mehrere Konventsmitglieder forderten, dass diese Frage in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen oder aber dem Einstimmigkeitszwang unterliegen solle. Außerdem betonten mehrere Redner, dass diese Politik keinesfalls darauf ausgerichtet sein dürfe, Einwanderungsquoten für jeden Mitgliedstaat festzulegen.
- Einige Konventsmitglieder wandten sich gegen die Einführung des Solidaritätsgrundsatzes in Artikel 13. Diese Bestimmung gehe über den Bereich Asyl, Einwanderung und Grenzen hinaus. Andere stellten die Frage, welche Tragweite das Konzept der "Solidarität" in der Praxis hätte, oder plädierten dafür, sich auf die finanzielle Solidarität zu beschränken. Wiederum andere Konventsmitglieder unterstrichen jedoch, wie wichtig dieser Artikel sei und dass er unbedingt beibehalten werden müsse.

Was die justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen betrifft, so wurde in der Aussprache vor allem die Frage aufgeworfen, inwieweit die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auch für Fragen des Familienrechts gelten könne. Viele Konventsmitglieder sprachen sich dafür aus, dass für alle diese Fragen weiterhin die Einstimmigkeitsregel gilt, wohingegen andere die durchgängige

Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit forderten. Einige unterstützen den Kompromissansatz des Präsidiums, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit lediglich für die elterliche Verantwortung einzuführen. Mehrere Redner vertraten zudem die Auffassung, dass in jedem Fall klargestellt werden müsse, dass Absatz 3 nur in den Grenzen des gesamten Artikels gilt und mit ihm keine gesonderte allgemeine Zuständigkeit für das Familienrecht geschaffen wird. Des Weiteren plädierten einige Konventsmitglieder für eine Angleichung des materiellen Zivilrechts in bestimmten Bereichen, die ausdrücklich angeführt werden müssten.

Was die Artikel 15, 16 und 17 betrifft, so begrüßten viele Konventsmitglieder die Ausgewogenheit, die mit diesen Artikeln erreicht werde. Ein Konventsmitglied vertrat allerdings die Auffassung, dass noch keine hinreichende Ausgewogenheit zwischen der gegenseitigen Anerkennung, mit deren Verankerung in der Verfassung er einverstanden sei, und der Angleichung der Rechtsvorschriften bestehe. Abgesehen von den wenigen Konventsmitgliedern, die Einstimmigkeit für den ganzen Bereich forderten (siehe oben), gab es jedoch auch einige, die entweder nur für Artikel 16 (Strafverfahren) oder nur für die "zentralen Bereiche" des Strafrechts auf der Einstimmigkeitsregel bestanden. Diese Einstellung wurde von anderen Rednern kritisiert. Mehrere Konventsmitglieder sprachen sich überdies dafür aus, dass die Angleichung des Strafverfahrensrechts (Artikel 16) mit einer grenzüberschreitenden Dimension verknüpft werden sollte, um die rein internen Aspekte dieser Verfahren auszuschließen. Einige Konventsmitglieder plädierten für eine Bestimmung, nach der die Mitgliedstaaten ihre Zuständigkeit für den Abschluss von internationalen Übereinkommen im Bereich Justiz und Polizei behalten.

Artikel 17 über die Angleichung des materiellen Strafrechts wurde von vielen Rednern begrüßt. Einige Konventsmitglieder sprachen sich dafür aus, in diesem Artikel anspruchsvollere Ziele vorzugeben, insbesondere die Ausarbeitung eines "gemeinsamen Sockels" und nicht nur von Mindestvorschriften. Andere äußerten Vorbehalte in Bezug auf die Tragweite von Artikel 17 zweiter Gedankenstrich (wonach die Angleichung bei allen Kriminalitätsformen erfolgen kann, die sich auf Bereiche der Unionspolitik auswirken). Aus ihrer Sicht geht dieser Gedankenstrich zu weit; sie schlugen vor, zur Präzisierung dieser Bestimmung eine Liste von Kriminalitätsformen beizufügen. Eine Rednerin bestand darauf, dass die Zuständigkeiten der Union generell präziser definiert werden müssten. (Ihr wurde entgegnet, dass die Zuständigkeiten in den vorgeschlagenen Artikeln bereits sehr viel präziser und enger definiert seien als in den geltenden Artikeln.)

Die Artikel über Europol und Eurojust stießen auf Zustimmung; lediglich was die Beschreibung der möglichen Aufgaben dieser Einrichtungen (jeweils in Absatz 2 dieser Artikel) betrifft, wurden einige redaktionelle Änderungen vorgeschlagen. Allerdings plädierten einige Konventsmitglieder dafür, diese Artikel zu verstärken, indem diese Aufgaben direkt in der Verfassung verankert werden und ihre Festlegung nicht - wie im Präsidiumsentwurf vorgesehen - dem Gesetzgeber überlassen wird. Dagegen forderten andere, dass für die Erweiterung der Aufgaben von Europol die Einstimmigkeitsregel gelten müsse.

Über den Vorschlag betreffend die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft (Artikel 20) wurde besonders lebhaft diskutiert. Mehrere Redner wandten sich gegen diesen Vorschlag; sie seien nicht davon überzeugt, dass tatsächlich Bedarf für eine solche Staatsanwaltschaft bestehe und dass diese mit den unterschiedlichen Strafrechtsordnungen der Mitgliedstaaten zu vereinbaren sei. Die Weiterentwicklung von Eurojust reiche aus. Viele Konventsmitglieder sprachen sich allerdings für die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft aus; einige von ihnen vertraten die Auffassung, dass in der Verfassung entweder die Einrichtung der Staatsanwaltschaft verbindlich vorgeschrieben oder festgelegt werden müsse, dass sie mit qualifizierter Mehrheit (wie einige meinen, mit verstärkter qualifizierter Mehrheit) erfolgen kann. Manche Mitglieder plädierten dafür, die Aufgaben dieser Einrichtung auf die Verfolgung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichteten Betrugereien zu begrenzen. Andere unterstützten dagegen die vorliegende Fassung, die dem Gesetzgeber einen großen Spielraum lässt.

In seinen Schlussfolgerungen äußerte der Vorsitzende der Gruppe X, Herr Bruton, zunächst seine Genugtuung über die im Großen und Ganzen positive und konstruktive Reaktion der Mitglieder auf die Vorschläge des Präsidiums. Zwar könne man noch darüber diskutieren, an welcher Stelle die Bestimmungen über den Europäischen Rat und die einzelstaatlichen Parlamente, einschließlich ihrer Rolle im Rahmen der Bewertungsmechanismen, am besten stehen sollten, doch sei der Inhalt dieser Bestimmungen Bestandteil des in der Gruppe erzielten Kompromisses. Die Einführung eines Initiativrechts für eine Gruppe von Mitgliedstaaten sei grundsätzlich zu befürworten, und auch die Schwelle von einem Viertel der Mitgliedstaaten sei "vernünftig"; allerdings sei noch zu prüfen, wie das Mitentscheidungsverfahren in diesem Rahmen funktionieren könne. Herr Bruton unterstrich, dass mit Artikel 14 Absatz 3 keine umfassende Angleichung des materiellen Zivilrechts beabsichtigt werde; vielmehr habe das Präsidium vor allem eine Kompromissformel vorschlagen wollen, die es erlaube, bei dem speziellen Thema der elterlichen Verantwortung besser voranzukommen. Was

die Kritik an dem Artikel über das Strafverfahren betreffe, so ziele dieser ohnehin nur auf Mindestvorschriften ab; die Anhörung der Experten in der Gruppe habe ergeben, dass Praktiker insbesondere eine Angleichung des Verfahrensrechts für erforderlich halten, um grenzüberschreitende Kriminalität besser bekämpfen zu können. Herr Bruton äußerte zudem die Einschätzung, dass die schrittweise Einführung von Mindestvorschriften in diesem Bereich dazu beitragen könne, dass das Konzept einer Europäischen Staatsanwaltschaft eines Tages weniger umstritten sein wird als heute; der vom Präsidium vorgeschlagene Mittelweg, nämlich die Schaffung einer lediglich fakultativen Rechtsgrundlage, für die Einstimmigkeit erforderlich ist, erscheine ihm in Anbetracht der heutigen Aussprache richtig. Er sei erfreut über die eindeutige Zustimmung zu dem Artikel über das materielle Strafrecht, habe jedoch die Einwände der Mitglieder, die für den zweiten Gedankenstrich eine genauere Abgrenzung wünschen, sehr wohl zur Kenntnis genommen; das Präsidium müsse nach möglichen Lösungen suchen. Abschließend äußerte Herr Bruton seine besondere Genugtuung darüber, dass sich fast alle Regierungsvertreter aktiv und konstruktiv an der Aussprache beteiligt hätten.

2. Vorstellung der Artikelentwürfe

Das demokratische Leben der Union

Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene hat die Entwürfe der Artikel 33-37 vorgestellt, die den Bemühungen um größere Transparenz der Tätigkeiten der Union dienen und mit denen die Institutionen den Bürgern näher gebracht werden sollen, indem ein Dialog zwischen den Institutionen und der Zivilgesellschaft eröffnet wird.

Die Union und ihre Nachbarn

Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene hat den Entwurf des Artikels 42 über die Union und ihre Nachbarn vorgestellt. Er machte auf den innovativen Charakter dieses Artikels aufmerksam, in dem ein Rahmen für die künftigen Beziehungen zwischen der Union und ihren Nachbarländern auf der Grundlage bilateraler Abkommen abgesteckt wird.

Die Zugehörigkeit zur Union sowie Allgemeine und Schlussbestimmungen

Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene hat die Bestimmungen des Titels X Teil II (Zugehörigkeit zur Union) sowie die Bestimmungen des Teils III (Allgemeine und Schlussbestimmungen) vorgestellt.

Er unterstrich die Bedeutung des Titels X, die darauf beruht, dass er die Mitgliedschaft in der Union betrifft: Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft, Verfahren für den Beitritt zur Union, Gründe für eine Aussetzung der aus der Verfassung erwachsenden Rechte sowie das Verfahren für den freiwilligen Austritt eines Mitgliedstaats aus der Union. Er fügte hinzu, dass dieser Titel gegenüber den derzeitigen Verträgen zwei wesentliche Neuerungen enthalte: die Kriterien für eine Mitgliedschaft in der Union sowie die Möglichkeit eines freiwilligen Austritts eines Mitglieds der Union werden ausdrücklich festgeschrieben.

Der stellvertretende Vorsitzende wandte sich anschließend den Bestimmungen von Teil III zu, in denen zum Teil die Allgemeinen und Schlussbestimmungen der bestehenden Verträge übernommen werden, wobei allerdings manche etwas geändert sowie zwei neue Bestimmungen über die Aufhebung der derzeitigen Verträge sowie über die Rechtsnachfolge der neuen Einheit "Europäische Union" auf die Europäische Gemeinschaft und die alte Europäische Union hinzugefügt wurden. Letztere Ergänzung ergibt sich aus dem Wunsch des Konvents, dass sich die Verfassung nicht nur auf eine Änderung der bestehenden Verträge beschränken, sondern diese ersetzen soll.

Der stellvertretende Vorsitzende erklärte, dass der Konvent die heute vorgestellten Artikel auf der Plenartagung am 24. und 25. April prüfen werde; die Frist für die Einsendung von Änderungsvorschlägen sei der 11. April, damit diese noch in der Übersicht des Sekretariats berücksichtigt werden könnten.

Schließlich teilte der stellvertretende Vorsitzende dem Plenum mit, dass das Präsidium nach reiflicher Überlegung entschieden habe, keinen Textentwurf über die offene Koordinierungsmethode zu unterbreiten. Das Präsidium sei überzeugt, dass die Koordinierung der einzelstaatlichen Politiken bereits vorgesehen sei, insbesondere in den Bereichen der unterstützenden Maßnahmen, was im Entwurf von Artikel 15 seinen Niederschlag finde. Das Präsidium befürchte, dass ein neuer allgemeiner Artikel über diese Methode, die Wahrscheinlichkeit, dass darauf zurückgegriffen werde, eher verringern als erhöhen würde; überdies könne ein solcher Artikel Verwirrung bei der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten stiften. Der stellvertretende Vorsitzende erklärte, dass das Präsidium gegenüber etwaigen Vorschlägen der Konventsmitglieder dennoch aufgeschlossen sei.

3. Artikel 38 bis 40: Die Finanzen der Union

Einleitung

Herr Dehaene leitete die Aussprache mit dem Hinweis ein, dass der Entwurf für die Artikel 38 bis 40 vom Präsidium noch im Lichte der laufenden Diskussionen sowie der Ergebnisse des von Herrn Christophersen geleiteten Arbeitskreises "Haushaltsverfahren", der seine Beratungen an diesem Nachmittag abschließen dürfte, angepasst werden müsse. Er kündigte die Einsetzung eines neuen Arbeitskreises "Eigenmittel" an, der von Herrn Méndez de Vigo geleitet werde (das vom Präsidium gebilligte Mandat des Arbeitskreises wurde in der Sitzung verteilt, siehe Dok. CONV 654/03).

Herr Dehaene gab sodann einen Überblick über die 69 Änderungsvorschläge, die vorgelegt wurden und in denen sehr unterschiedliche Positionen zum Ausdruck kommen. Gleichwohl zog er einige Schlussfolgerungen:

- Der Vorschlag, die Finanzielle Vorausschau, in der obligatorische Obergrenzen pro Ausgabenkategorie festgelegt werden sollen, als verbindlichen Rahmen für den jährlichen Haushaltsplan förmlich in der Verfassung zu verankern, scheint breite Zustimmung zu finden.
- Die vom Präsidium im Entwurf für Artikel 39 vorgeschlagenen Haushaltsgrundsätze wurden positiv aufgenommen; einige schlagen vor, zusätzlich den Grundsatz der hinreichenden Ausstattung mit Mitteln aufzunehmen, der derzeit Gegenstand von Artikel 6 Absatz 4 des Unionsvertrags ist.
- Hinsichtlich der Eigenmittel wird in vielen Änderungsvorschlägen angeregt, die Möglichkeit der Einführung einer europäischen Steuer offen zu lassen.

Die meisten Änderungsvorschläge betreffen jedoch die Beschlussfassungsverfahren beim System der Eigenmittel, bei der Finanziellen Vorausschau oder auch beim jährlichen Haushaltsplan. Sehr oft werden darin einander widersprechende Ansichten vertreten.

Stand der Beratungen im Arbeitskreis "Haushaltsverfahren"

Bevor Herr Dehaene die Aussprache eröffnete, bat er Herrn Christophersen, einen Überblick über den Stand der Beratungen im Arbeitskreis "Haushaltsverfahren" zu geben.

Herr Christophersen führte aus, dass sich im Arbeitskreis ein Konsens darüber abzuzeichnen scheine, die Finanzielle Vorausschau in die Verfassung aufzunehmen und sie somit rechtsverbindlich werden zu lassen. Damit könnte das Haushaltsverfahren vereinfacht und insbesondere auf das unterschiedliche Verfahren für die obligatorischen Ausgaben (OA) und die nicht obligatorischen Ausgaben (NOA) verzichtet werden.

Die Erörterungen im Arbeitskreis hätten gezeigt, dass es bei der Behandlung der konkreten Modalitäten für die Aufnahme des "Finanzrahmens" (der Arbeitskreis schlage ferner vor, die Bezeichnung der Finanziellen Vorausschau in "mehrjährigen Finanzrahmen" umzuändern) in die Verfassung drei Ebenen zu berücksichtigen gelte. Zum einen sei zu klären, welche Bestimmungen hinsichtlich des "mehrjährigen Finanzrahmens" in Teil I der Verfassung aufzunehmen sind, zum anderen müsse geklärt werden, welche Bestimmungen in Teil II gehören, und schließlich sei zu entscheiden, was im Rahmen des Sekundärrechts festzulegen ist, nämlich durch Rechtsakte, die auf der Grundlage der Verfassung angenommen werden.

Die Mehrheit der Mitglieder sei der Auffassung, dass in Teil I der Verfassung ein gesonderter Artikel über den "Finanzrahmen" aufgenommen werden müsse, der Folgendes beinhalten sollte:

- die Festlegung, dass der jährliche Haushaltsplan unter Einhaltung des "mehrjährigen Finanzrahmens" aufzustellen ist;
- die grundsätzliche Regelung, dass durch den "Finanzrahmen" die verbindlichen jährlichen Obergrenzen für die Verpflichtungsermächtigungen je Rubrik im Rahmen der Eigenmittel der Union festgesetzt werden;
- ferner die Rechtsgrundlage, aufgrund deren die Organe ermächtigt sind, einen für einen gegebenen Zeitraum geltenden Rechtsakt anzunehmen, der den "Finanzrahmen" selbst und folglich auch das Beschlussfassungsverfahren enthält. Der Arbeitskreis scheine einem Verfahren zuzuneigen, bei dem die Initiative bei der Kommission liegen, diese Initiative der Kommission hinsichtlich der Folgen für die Abstimmung im Rat aber einen Ausnahmefall darstellen würde. Der auf höchster politischer Ebene tagende Rat würde das Gesetz über den mehrjährigen Finanzrahmen mit überqualifizierter Mehrheit, sofern eine solche Mehrheit in einem umfassenderen Kontext in der Verfassung festgelegt wird, bzw. mit qualifizierter Mehrheit annehmen. Er würde nach Zustimmung des Europäischen Parlaments beschließen.

In Teil II der Verfassung sollte Folgendes vorgesehen werden:

- der Grundsatz, dass durch den "Finanzrahmen" nicht nur der Betrag der jährlichen Obergrenzen der Verpflichtungsermächtigungen pro Rubrik, sondern auch der Betrag der jährlichen Obergrenze der Zahlungsermächtigungen festgesetzt wird. Die Zahl der Rubriken ist zu begrenzen, da sonst der jährliche Haushaltsplan ausgehöhlt würde;
- das Prinzip eines Flexibilitätsinstruments, dessen Modalitäten im "Finanzrahmen" selbst festgelegt würden;
- die Dauer des Zeitraums, für den ein "Finanzrahmen" aufgestellt wird; die Dauer sollte mindestens fünf Jahre betragen;
- eine Regelung, durch die ein Scheitern des Verfahrens zur Annahme des "Finanzrahmens" verhindert wird und die in einer Verlängerung der für das letzte Jahr des vorherigen "Finanzrahmens" getroffenen Festlegungen bestehen könnte;
- der Grundsatz, dass die Haushaltsbehörde und die Kommission dafür zu sorgen haben, dass die erforderlichen Finanzmittel zur Deckung der Ausgaben, die aus den rechtlichen Verpflichtungen der Union gegenüber Dritten resultieren, zur Verfügung stehen.

Der Arbeitskreis sei noch nicht zu einer Schlussfolgerung hinsichtlich des jährlichen Verfahrens gelangt. Jedoch ließen sich einige Aspekte, die Grundlage für einen Konsens bilden könnten, schon festhalten:

- Die Kommission würde den Haushaltsplanentwurf vorlegen; dies hätte insbesondere zur Folge, dass sie ihren Vorschlag bis zur Vermittlungsphase ändern kann. Die Abstimmungsregeln im Rat würden davon nicht berührt.
- Die Unterscheidung zwischen obligatorischen und nicht obligatorischen Ausgaben würde aufgehoben. Dies würde daran geknüpft, dass die Haushaltsdisziplin durch eine förmliche Verankerung des "Finanzrahmens" in der Verfassung gestärkt wird, und insbesondere daran, dass auch der Grundsatz aufgenommen wird, wonach die Haushaltsbehörde und die Kommission dafür zu sorgen haben, dass die erforderlichen Finanzmittel zur Deckung der Ausgaben, die aus den rechtlichen Verpflichtungen der Union gegenüber Dritten resultieren, zur Verfügung stehen.
- Das Verfahren muss die in der Praxis entwickelten Konzertierungsmechanismen förmlich festschreiben.
- Das Verfahren kann verkürzt werden: es würde am ersten September eingeleitet und etwa Mitte Dezember abgeschlossen werden. Es würde nur eine einzige Lesung in jedem Organ - Parlament und Rat - und eine Vermittlungsphase umfassen.

Unterschiedliche Auffassungen bestünden im Arbeitskreis noch hinsichtlich der Frage, welches Verfahren gelten solle, wenn sich die beiden Organe nicht einigen können.

Die Aussprache

Was das Verfahren für die Annahme des Systems der Eigenmittel anbelangt, so waren die Mitglieder des Konvents unterschiedlicher Auffassung: ein Teil wollte das Verfahren ändern und ein Teil wollte es unverändert beibehalten wissen. Eine ganze Reihe von Konventsmitgliedern vertrat die Ansicht, dass die Fähigkeit der Union, ihre Politiken in der Zukunft zu finanzieren, beeinträchtigt werden könnte, wenn das derzeitige Verfahren, bei dem nicht nur Einstimmigkeit im Rat, sondern auch eine einzelstaatliche Ratifizierung erforderlich ist, beibehalten würde. Andere Mitglieder des Konvents traten hingegen für die Beibehaltung des derzeitigen Verfahrens ein, damit insbesondere die Zuständigkeiten der einzelstaatlichen Parlamente in diesem Bereich gewahrt bleiben.

Viele Konventsmitglieder sprachen sich dafür aus, dem Europäischen Parlament eine stärkere Rolle in dem Verfahren zu geben.

Jene, die möchten, dass das Verfahren für die Annahme des Systems der Eigenmittel flexibler gestaltet wird, wiesen darauf hin, dass das derzeitige Verfahren nicht geeignet erscheine, die Schaffung neuer "echter" Eigenmittel über die Beiträge der Mitgliedstaaten hinaus zu gestatten. In diesem Sinne unterstützten verschiedene Konventsmitglieder den Gedanken, die Möglichkeit der Einführung einer europäischen Steuer zu eröffnen. Einige Redner schlugen ein zweifaches Verfahren vor: das derzeitige Verfahren für die Festlegung der Obergrenze der Mittel und ein flexibleres Verfahren für die sonstigen Aspekte des Systems der Mittel. Andere sprachen sich für die Beibehaltung des derzeitigen Verfahrens aus: es habe in der Vergangenheit die Einführung neuer Mittel gestattet.

Der Vorschlag des Präsidiums, die Finanzielle Vorausschau förmlich in der Verfassung zu verankern, findet breite Zustimmung. In der Vorausschau würden die Ausgabenobergrenzen für die einzelnen Rubriken festgelegt; sie würde zu einem rechtsverbindlichen Rahmen für die Aufstellung des jährlichen Haushaltsplans. In der Frage des Verfahrens waren die Meinungen geteilt. Zahlreiche Redner vertraten die Ansicht, dass dem Rat eine ausschlaggebende Rolle bei der Festlegung der Vorausschau zukommen müsse. Einige Konventsmitglieder regten an, das Mitentscheidungsverfahren zu verwenden. Manche Mitglieder meinten, dass der Rat zumindest über die Ausgabenobergrenzen für die einzelnen Rubriken einstimmig beschließen müsse.

Mehrere Konventmitglieder sähen es gern, wenn die Laufzeit der Finanziellen Vorausschau mit der Dauer des politischen Mandats von Parlament und Kommission übereinstimmte.

Zahlreiche Konventmitglieder haben sich für die Aufhebung der Unterscheidung zwischen den obligatorischen und den nicht obligatorischen Ausgaben ausgesprochen. Für einige der Befürworter ist diese Aufhebung jedoch an zwei Bedingungen gebunden: zum einen müssen die Ausgabenhöchstbeträge je Rubrik rechtlich bindend werden, indem die Finanzielle Vorausschau in der Verfassung verankert wird, und zum anderen muss der Grundsatz, demzufolge in den Haushaltsplan die erforderlichen finanziellen Mittel eingestellt sein müssen, um rechtliche Verpflichtungen gegenüber Dritten erfüllen zu können, in die Verfassung aufgenommen werden.

Unter diesen Bedingungen wäre es diesen Rednern zufolge möglich, das jährliche Haushaltsverfahren auf der Grundlage des Mitentscheidungsverfahrens zu vereinfachen. Breite Unterstützung findet im Übrigen der Vorschlag, das jährliche Haushaltsverfahren auf der Grundlage eines vereinfachten Mitentscheidungsverfahrens umzugestalten. Es bestehen jedoch Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Verfahrens, nach dem entschieden wird, wenn es zwischen Parlament und Rat nicht zu einer Einigung kommt. Nach Auffassung einiger Konventmitglieder sollte das Parlament das letzte Wort haben, wie es im derzeitigen Verfahren für die nicht obligatorischen Ausgaben der Fall ist. Andere Konventmitglieder haben vorgeschlagen, dass der niedrigste der jeweils vorgeschlagenen Beträge in den Haushaltsplan aufgenommen wird.

Einige Redner haben sich dafür ausgesprochen, dass besondere Verfahrensmodalitäten für den Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vorgesehen werden.

Einige Redner haben sich dafür eingesetzt, der Kommission das Vorschlagsrecht sowohl für die Finanzielle Vorausschau als auch für den jährlichen Haushaltsplan zu übertragen, ohne dass dadurch den Beschlussfassungsregeln des Rates vorgegriffen würde.

Etliche Konventmitglieder waren der Auffassung, dass das Haushaltsverfahren nach einer Gesamtlogik aufgebaut ist, in deren Rahmen das institutionelle Gleichgewicht berücksichtigt werden muss. Einige Konventmitglieder haben sich für einen institutionellen Ansatz ausgesprochen, demzufolge dem Rat bezüglich der Einnahmen und dem Parlament bezüglich der Ausgaben die endgültige Entscheidung vorbehalten ist.

Die vom Präsidium in Artikel 39 vorgeschlagenen Haushaltsgrundsätze scheinen breite Unterstützung zu finden. Einige Konventmitglieder haben dennoch vorgeschlagen, an dieser Stelle den Grundsatz der hinreichenden Ausstattung mit Mitteln, der derzeit in Artikel 6 Absatz 4 EUV festgeschrieben ist, einzufügen.

Einige Redner haben den Grundsatz der Einheit des Haushaltes hervorgehoben und sich dafür ausgesprochen, den Europäischen Entwicklungsfonds in den Haushaltsplan einzubeziehen.

Fazit

Herr Dehaene hob hervor, dass die Konventmitglieder durch ihre Beiträge die Schlussfolgerungen bestätigt haben, die aus den vorgelegten Änderungsvorschlägen gezogen werden konnten, nämlich:

- Im Zusammenhang mit dem System der Eigenmittel sind zahlreiche Konventmitglieder besorgt über die künftige Finanzierung der Union für den Fall, dass die Einstimmigkeit im Rat und die Forderung der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten beibehalten würden. Einige Redner haben sich dennoch nachdrücklich für die Beibehaltung des derzeitigen Verfahrens eingesetzt.
- Es herrscht Einigkeit über den Vorschlag, die Finanzielle Vorausschau in der Verfassung zu verankern. Zahlreiche Redner haben sich dafür ausgesprochen, dass die Laufzeit der Finanziellen Vorausschau mit der Laufzeit der Mandate der Organe übereinstimmt.
- Die vorgeschlagenen Haushaltsgrundsätze scheinen akzeptiert worden zu sein.
- Es wurde der Wunsch nach einer Vereinfachung des jährlichen Haushaltsverfahrens geäußert. Die Unterscheidung zwischen obligatorischen Ausgaben und nicht obligatorischen Ausgaben kann anscheinend unter bestimmten Bedingungen aufgehoben werden. Für den Bereich der GASP könnten besondere Verfahren vorgesehen werden.

4. Fragestunde

Die Fragen von Herrn Fayot und Herrn Einem beantwortete der stellvertretende Vorsitzende Dehaene wie folgt:

- Bei dem Treffen zwischen dem Vorsitzenden des Konvents und dem Europäischen Rat am 16. April handelt es sich um das bereits für 20. März vorgesehene Treffen, das aufgrund der internationalen Ereignisse verschoben werden musste. Diese Treffen entsprechen dem in Laeken erteilten Mandat. Der Vorsitzende erstattet dem Europäischen Rat mündlich Bericht. Dieser kann durch die bei ihm erfolgende Aussprache zur Klärung von Fragen beitragen, ohne dabei jedoch "Leitlinien" für den Konvent festzulegen.
 - Für die Endphase der Arbeit des Konvents, in der Einvernehmen über den gesamten Wortlaut des Textes erzielt werden muss, muss eine neue Arbeitsweise festgelegt werden.
-

Plenartagung am Donnerstag, den 3. und Freitag, den 4. April 2003

REDNERLISTE

in der Reihenfolge der Beiträge

Donnerstag, 3. April

**1. Aussprache über den Entwurf der Artikel über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
(Dok. CONV 614/03 und CONV 644/03)**

Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)
Herr Frans TIMMERMANS - Niederlande (Parlament)
Herr Jan KOHOUT - Tschechische Republik (Regierung)
Herr Alberto COSTA - Portugal (Parlament)
Herr Dick ROCHE - Irland (Regierung)
Herr António VITORINO – Kommission
Herr Paraskevas AVGERINOS - Griechenland (Parlament)
Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)
Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament
Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament
(Blaue Karten : Voggenhuber, Abitbol, Meyer)
Herr Rytis MARTIKONIS - Litauen (Regierung)
Frau Marietta GIANNAKOU - Griechenland (Parlament)
Herr Timothy KIRKHOPE - Europäisches Parlament
Herr Oguz DEMIRALP - Türkei (Regierung)
Herr Erwin TEUFEL - Deutschland (Parlament)
Herr John CUSHNAHAN - Europäisches Parlament
Herr Göran LENNMARKER - Schweden (Parlament)
Frau Neli KUTSKOVA- Bulgarien (Regierung)
(Blaue Karten: Gerhards, Cushnahan,)
Herr Esko HELLE - Finnland (Parlament)
Herr George KATIFORIS - Griechenland (Regierung)
Herr Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)
Herr Manuel LOBO ANTUNES - Portugal (Regierung)
Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)
Frau Danuta HÜBNER – Polen (Regierung)
Herr Gianfranco FINI - Italien (Regierung)
Herr Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)
Herr Franc HORVAT - Slowenien (Parlament)
Herr René van der LINDEN - Niederlande (Parlament)
(Blaue Karten: Van Lancker, Mac Cormick, Mendez de Vigo, Badinter, Stuart)
Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament
Herr Dominique de VILLEPIN - Frankreich (Regierung)
Herr Algirdas GRICIUS - Litauen (Parlament)
Herr Henning CHRISTOPHERSEN - Dänemark (Regierung)
Herr Jan FIGEL - Slowakische Republik (Parlament)
Herr Eugen BÖSCH - Österreich (Parlament)

Herr Johannes VOGGENHUBER - Europäisches Parlament
(Blaue Karten: MacIennan of Rogart, Roche, Würmeling)
Herr Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Regierung)
Frau Hanja MAIJ-WEGGEN - Europäisches Parlament
Frau Eduarda AZEVEDO - Portugal (Parlament)
Herr Dimitij RUPEL - Slowenien (Regierung)
Frau Elena PACIOTTI - Europäisches Parlament
Herr Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament)
Herr Edmund WITTBRODT - Polen (Parlament)
Herr Péter BALÁZS - Ungarn (Regierung)
Frau Sylvia-Yvonne KAUFMANN - Europäisches Parlament
Herr Pierre LEQUILLER - Frankreich (Parlament)
Herr Puiu HASOTTI - Rumänien (Parlament)
(Blaue Karten: MacIennan of Rogart, Teufel, MacCormick)
Herr Joschka FISCHER - Deutschland (Regierung)
Frau Gisela STUART - Vereinigtes Königreich (Parlament)
Herr Diego LÓPEZ GARRIDO - Spanien (Parlament)
Herr Alfonso DASTIS - Spanien (Regierung)
Frau Cristiana MUSCARDINI - Europäisches Parlament
Herr Rihards PIKS - Lettland (Parlament)
Herr Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament
Frau Hildegard PUWAK - Rumänien (Regierung)
(Blaue Karten: Roche, Lennmarker, van Eekelen, Duff, MacCormick)
Frau Lena HJELM-WALLÉN - Schweden (Regierung)
Herr Caspar EINEM - Österreich (Parlament)
Herr Gijs de VRIES - Niederlande (Regierung)
Herr Antonio TAJANI - Europäisches Parlament
Herr Hubert HAENEL - Frankreich (Parlament)
Frau Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament
Herr David HEATHCOAT-AMORY - Vereinigtes Königreich (Parlament)
Herr Henrik HOLOLEI - Estland (Regierung)
Herr Alexandru ATHANASIU - Rumänien (Parlament)
Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)
(Blaue Karten: Vitorino, Christophersen, Würmeling, Peltomaki, Hain, MacCormick, Dybkjaer, Meyer, Einem, Bruton)

Freitag, 4. April

2. Aussprache über den Entwurf der Artikel über die Finanzen (Dok CONV 602/03 und CONV 643/03)

Herr Henning CHRISTOPHERSEN - Dänemark (Regierung)
Herr Pierre LEQUILLER - Frankreich (Parlament)
Herr Alfonso DASTIS - Spanien (Regierung)
Herr Andrew DUFF - Europäisches Parlament
Herr Jürgen MEYER - Deutschland (Parlament)
Frau Danuta HÜBNER - Polen (Regierung)
Herr Michel BARNIER - Kommission
Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament
Herr Göran LENNMARKER - Schweden (Parlament)
Herr Alain LAMASSOURE - Europäisches Parlament

Frau Hanja MAIJ-WEGGEN - Europäisches Parlament
Herr Hans Martin BURY - Deutschland (Regierung)
Herr Josep BORRELL - Spanien (Parlament)
Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)
(Blaue Karten : Tomlinson, Lennmarker, Fayot)
Herr Valdo SPINI - Italien (Parlament)
Herr Guntars KRASTS - Lettland (Parlament)
Herr Filadelfio BASILE - Italien (Parlament)
Herr Carlos CARNERO GONZÁLEZ - Europäisches Parlament
Herr Guilherme NAZARE PEREIRA - Portugal (Parlament)
Herr Pierre CHEVALIER - Belgien (Regierung)
Frau Cristiana MUSCARDINI - Europäisches Parlament
Herr Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament)
Herr Roberts ZILE - Lettland (Regierung)
Herr Franc HORVAT - Slowenien (Parlament)
Herr Erwin TEUFEL - Deutschland (Parlament)
Frau Lena HJELM-WALLÉN - Schweden (Regierung)
Herr Gijs de VRIES - Niederlande (Regierung)
Frau Pascale ANDREANI - Frankreich (Regierung)
Herr Manuel LOBO ANTUNES - Portugal (Regierung)
Herr Sören LEKBERG - Schweden (Parlament)
Herr Esko SEPPÄNEN - Europäisches Parlament
Frau Marta FOGLER - Polen (Parlament)
Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)
Herr Hannes FARNLEITNER - Österreich (Regierung)
(Blaue Karten: Demetriou, Barnier)
